

I-A5

Inhaltlicher Antrag

Antrag an die 66. Mitgliederversammlung des fzs e.V.

Initiator*innen: Ausschuss Politische Bildung, Vorstand

Titel: Hochschulen als Orte politischer Bildung stärken

Antragstext

1 Hochschulen sollten Orte politischer Bildung sein. Diese Feststellung ist
2 wichtig, denn aktuell kommt diese Funktion vielerorts zu kurz. Der aktuelle 16.
3 Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hat sich auf politische Bildung
4 fokussiert. Er zeigt große Defizite bei der Verankerung politischer und
5 demokratischer Bildung in den Curricula und im Hochschulalltag auf. Der fzs
6 stellt deshalb aus aktuellem Anlass fest, dass noch ein weiter Weg zu gehen ist,
7 wenn Hochschulen tatsächlich ein ernstzunehmender Ort politischer, gar
8 demokratischer Bildung sein sollen. Hochschulen sind ein Ort, der erst relativ
9 spät in der Jugend besucht wird. Wie politische Bildung dort stattfindet und
10 stattfinden könnte ist deshalb immer auch davon abhängig, welche Erfahrungen
11 Student*innen in den etwa 18-19 Jahren vor dem Studienbeginn machen konnten.
12 Gleichzeitig sind Hochschulen gerade wegen der Altersspanne der meisten
13 Student:innen zwischen Jugend und Erwachsenenalter extrem wichtig für die
14 politische Bildung. Es ist deshalb notwendig, diesen Fokus in der Hochschul- und
15 Bildungspolitik stärker zu verankern.

16 **Verankerung Politischer Bildung in den Studieninhalten**

17 **Fachinhalte & politische Bildung:**

18 Politische Bildung wird in vielen Studiengängen auf Zusatzqualifikationen/
19 überfachliche Punkte etc. ausgelagert. Dadurch verpasst man, das eigene Fach
20 hinreichend in den gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Ein Problem, das über
21 Studieninhalte hinausgeht: Bei vielen Hochschulangehörigen herrscht ein Geist
22 vor, der Hochschulen als vom Rest der Gesellschaft abgekapselte Orte begreift.
23 Durch die Verankerung politischer Bildung im Fach selbst kann dieses auch selbst

24 besser in seinem gesellschaftlichen Kontext eingebettet werden.

25 **Überfachliche Studieninhalte ermöglichen:**

26 Die Möglichkeit zur Wahrnehmung „überfachlicher“ Angebote im Rahmen des
27 Curriculums unterscheidet sich zwischen Studiengängen, Hochschulen und
28 Hochschularten massiv. An Hochschulen für angewandte Wissenschaft gibt es häufig
29 gar keinen frei wählbaren Studienteil. An Universitäten unterscheidet sich der
30 Umfang stark, teilweise sind die Wahlmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Um allen
31 Student:innen politische Bildung zu ermöglichen, unabhängig ihrer Situation oder
32 ihres Fachs und ihres Studienstandorts, müssen in allen Studiengängen
33 überfachliche und allgemeinbildende Teile integriert sein. Das heißt,
34 Leistungspunkte für eine möglichst große Auswahl überfachlicher Veranstaltungen
35 erwerben zu können. Ist dies nicht der Fall, wird damit Student:innen, die unter
36 zusätzlicher (zeitlicher) Belastung stehen, weil sie einer Lohnarbeit, Pflege-
37 oder Betreuungsverpflichtungen oder anderen Aufgaben neben dem Studium nachgehen
38 müssen, der Zugang zu solchen Angeboten erschwert bis unmöglich gemacht.

39 **Angebot überfachlicher Veranstaltungen verbreitern:**

40 Überfachliche Angebote dürfen nicht nur auf Praxisbezug und „Karriere“-Coaching
41 ausgerichtet sein. Insbesondere solange Absolvent:innen gezwungen sind, auf
42 einem wettbewerbsbasierten Arbeitsmarkt miteinander zu konkurrieren, haben auch
43 solche Veranstaltungen keinen Platz im Angebot der Hochschulen. Darüber dürfen
44 Hochschulen aber auf keinen Fall ihre vorrangige Aufgabe vergessen: freie Lehre
45 und Forschung. Überfachliche Angebote müssen deshalb breit aufgestellt sein und
46 in Studiengänge integrierbar sein.

47 **Studentische Selbstverwaltung stärken, für das**
48 **allgemeinpolitische Mandat!**

49 Politische Bildung an Hochschulen ist ausdrücklich nicht auf die
50 institutionelle Lehre begrenzt. Auch Studierendenschaften sind für politische
51 Bildung verantwortlich. Sowohl Studierendenvertretungen als auch studentische
52 Gruppen und Initiativen leisten einen Großteil des außercurricularen
53 Bildungsangebots an Hochschulen. Als Teil der Zielgruppe wissen sie am besten,
54 welche Angebote nützlich sind, welche Veranstaltungen gefragt sind. Alle
55 Landeshochschulgesetze, außer das bayerische, geben den verfassten
56 Studierendenschaften deshalb auch explizit die Aufgabe, politische Bildung zu
57 betreiben. Für den fzs ist schon lange eindeutig, was auch der 16. Kinder- und
58 Jugendbericht fordert: Es muss überall eine selbstständige, verfasste
59 Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat geben. Denn politische
60 Bildung passiert nicht nur in formalisierten, angeblich neutralen Räumen.
61 Politische Bildung bedeutet Politisierung. Neben einer soliden
62 Informationsgrundlage und der Fähigkeit zur kritischen Reflexion sind
63 politische Veranstaltungen deshalb ein essenzieller Bestandteil politischer
64 Bildung, insbesondere an den Hochschulen. Studierendenvertretungen müssen
65 deshalb in der Lage sein, zu jedem Thema zu sprechen, ohne Repressionen
66 befürchten zu müssen.

67 Zur politischen Bildung gehören untrennbar Partizipationsmöglichkeiten und
68 Selbstbestimmung. Das Fehlen eines allgemeinpolitischen Mandats nimmt
69 Studierendenschaften viele dieser Möglichkeiten.

70 Der Streit um das Mandat öffnet jene willkürliche und realitätsferne Dichotomie
71 zwischen Hochschule und dem Rest der Gesellschaft, an der auch Lehre, Forschung
72 und Hochschulgremien so oft leiden. Studierende als gesellschaftliche Gruppe
73 existieren nicht nur innerhalb der Wände von Vorlesungssälen, ihre
74 Meinungsbildung als Gruppe muss daher auch über diese Grenzen hinausgehen. Durch
75 die Ausweitung der Möglichkeiten der Studierendenvertretung steigt ihre Relevanz
76 und damit, so hoffen wir, auch die Beteiligung an den demokratischen Prozessen
77 innerhalb der Studierendenschaft. Dies wiederum fördert die politische Bildung
78 der Studierenden.

79 Im Zusammenhang mit der Debatte um das Mandat der Studierendenschaften
80 verurteilen wir deutlich Angriffe auf deren freie Meinungsbildung und -äußerung
81 durch staatliche Stellen, Hochschulen und auch studentische Gruppen. Durch die
82 willkürliche Begrenzung von Mitbestimmungsrechten und Meinungsäußerungen wird
83 letztlich Demokratie und Selbstbestimmung beschnitten. Insbesondere Rufe
84 einzelner studentischer Gruppen nach Repressionsmaßnahmen oder gar völliger
85 Abschaffung der verfassten Studierendenschaften zeigen einen antidemokratischen
86 Geist, der der Aufgabe demokratischer politischer Bildung entgegen steht.

87 **Demokratisierung der Hochschulen als Voraussetzung** 88 **demokratischer Bildung**

89 Wer über demokratische Bildung an Hochschulen redet, muss auch von der
90 Hochschulstruktur an sich reden. Denn Hochschulen sind keine demokratischen
91 Orte. Existierende Beteiligungsmöglichkeiten der verschiedenen Statusgruppen
92 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entscheidung letztlich bei einer
93 der kleinsten Gruppen jeder Hochschule, der Professor:innenschaft, liegt. Grund
94 dafür ist die Kopplung der Wissenschaftsfreiheit nach Artikel 5 GG an diese
95 Gruppe, obwohl ihr der Großteil der Wissenschaftler:innen nicht angehört. Dieses
96 Verständnis ist das Überbleibsel der Ordinariatenuniversität, die allgemein hin als
97 in den 1970er Jahren (in Westdeutschland) abgeschafft gilt.
98 Wir wollen akademische Freiheit weiter, demokratischer verstehen, nämlich als
99 Selbstbestimmung der Hochschulen über sich selbst, durch all ihre Mitglieder.
100 Die Gruppen der Hochschule sind dabei von verschiedenen Entscheidungen
101 unterschiedlich stark betroffen. Das soll sich auch in den Entscheidungsgremien
102 widerspiegeln. Bei jedem Thema soll/en die Gruppe/n, die am unmittelbarsten
103 betroffen ist/sind, auch maßgeblich für die Entscheidung sein. Für Studierende
104 bedeutet das, in allen Gremien, die sie betreffen - und diese gehen weit über
105 Studienkommissionen hinaus - nennenswert beteiligt zu sein. In den Gremien, die
106 sie am stärksten betreffen, müssen sie die größte Gruppe stellen.

Begründung

106 Ergibt sich aus dem Antrag, weiteres gerne mündlich. Fragen können gerne auch
107 vorab gestellt werden.